



Übersetzung

STAATSRAT

Gesetzgebungsabteilung

Gutachten 53.735/2
vom 16. September 2013

über

einen Vorentwurf eines Dekrets ,zur Gründung eines Zentrums für die
gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen‘

Am 15. Juli 2013 wurde der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, von dem Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung der Deutschsprachigen Gemeinschaft darum gebeten, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen, die um sechs Wochen verlängert wurde ^(*), ein Gutachten über einen Vorentwurf eines Dekrets ‚zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen‘ abzugeben.

Der Vorentwurf wurde von der zweiten Kammer am 16. September 2013 untersucht. Die Kammer setzte sich zusammen aus Yves KREINS, Kammerpräsident, Pierre VANDERNOOT und Martine BAGUET, Staatsräte, Marianne DONY, Beisitzer, und Anne-Catherine VAN GEERSDAELE, Kanzler.

Der Bericht wurde von Roger WIMMER, Erster Auditor, vorgelegt.

Das Gutachten, dessen Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, wurde am 16. September 2013 abgegeben.

*

^(*) Durch E-Mail vom 18. Juli 2013.

Da der Begutachtungsantrag aufgrund von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat, in seiner durch das Gesetz vom 2. April 2003 ersetzten Fassung, eingereicht wurde, beschränkt sich die Gesetzgebungsabteilung gemäß Artikel 84 § 3 der o.a. koordinierten Gesetze darauf, die Rechtsgrundlage des Vorentwurfs, die Befugnis des erlassenden Organs sowie die Einhaltung der vorangehenden Formvorschriften zu untersuchen.

Was diese drei Aspekte betrifft, sind über den Vorentwurf die folgenden Bemerkungen zu formulieren.

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

1. In den Artikeln 2.1 bis 2.3 und 2.6 bis 2.15 des Dekretvorentwurfs werden die wesentlichen Regeln über die Gründung, die Zusammensetzung, die Zuständigkeit und die Arbeitsweise des Zentrums festgelegt.

Die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrates hat jedoch in ihrem Gutachten 36.162/2¹ Folgendes bemerkt:

„I. Notwendigkeit eines Sonderdekrets (Artikel 24 § 2 der Verfassung)

1. Die durch den untersuchten Vorschlag geschaffene Hochschule entsteht infolge eines Abkommens zwischen der Gemeinschaft und privatrechtlichen Personen. Die geschaffene Hochschule ist eine "autonome" juristische Person des öffentlichen Rechts (siehe Artikel 2.3 des Vorschlags). Diese juristische Person unterscheidet sich von der Person der "Gründerpartner"², die sich darauf beschränken, eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats zu bezeichnen³. Die neue juristische Person wird folglich ein Schulträger des Unterrichtswesens.

Das vorgeschlagene Dekret sieht das Abkommen zwischen den Gründerpartnern vor (Artikel 2.1 des Vorschlags). Letztgenannte beauftragen diese separate juristische Person mit einem Teil ihrer Befugnisse als Schulträger. Daraus folgt, dass Artikel 24 § 2 der Verfassung anwendbar ist. Diese Bestimmung sieht nämlich folgendes vor:

„Wenn eine Gemeinschaft als Organisationsträger einem oder mehreren autonomen Organen Befugnisse übertragen will, kann dies nur durch ein mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen angenommenes Dekret erfolgen“⁴.

¹ Siehe das Gutachten 36.162/2 vom 21. Januar 2004 über den Vorentwurf, der zum Sonderdekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 21. Februar 2005 ‚zur Schaffung einer autonomen Hochschule‘ geworden ist, allgemeine Bemerkung 1 (*Parl. Dok.*, Parl. D.G., 2004, Nr.13/1, S. 111 bis 113).

² *Fußnote 1 aus dem zitierten Gutachten*: Das heißt die Schulträger der drei vor dem Gründungsabkommen bestehenden Hochschulen (Artikel 2.1 des Vorschlags).

³ *Fußnote 2 aus dem zitierten Gutachten*: Der Verwaltungsrat besteht aus elf Mitgliedern, unter denen vier Vertreter des Schulträgers des Gemeinschaftsunterrichtswesens und vier Vertreter des freien konfessionellen subventionierten Unterrichtswesens (Artikel 2.5 des Vorschlags).

⁴ *Fußnote 3 aus dem zitierten Gutachten*: Anlässlich der Revision von Artikel 17 (heute: 24) der Verfassung hatte der Staatssekretär für die nationale Erziehung über den Paragraphen 2 dieses Artikels erklärt:

Die neue Hochschule muss infolgedessen nicht nur als eine juristische Person des öffentlichen Rechts gegründet werden, was der Vorschlag (Artikel 2.3) tatsächlich vorsieht, sondern auch durch ein Sonderdekret geschaffen werden⁵.

2. Gemäß Artikel 5 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft in Verbindung mit Artikel 9 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen kann der Gemeinschaftsdekretgeber dezentralisierte Dienststellen, Einrichtungen und Unternehmen mit Rechtspersönlichkeit gründen. In diesem Fall muss er die wesentlichen Aspekte der Schaffung, der Zusammensetzung, der Zuständigkeit, der Arbeitsweise und der Kontrolle dieser dezentralisierten Dienststellen, dieser Einrichtungen und dieser Unternehmen regeln⁶.

„[...] l'organe autonome reçoit toutes les compétences d'organisation comparables à celles des autres pouvoirs organisateurs et remplace ainsi les exécutifs [...].

Cette délégation de compétence par décret au profit d'un organe autonome doit être réalisée sous une forme de droit public décentralisée. [...].

Les Communautés doivent permettre à cet organe d'assurer les libertés constitutionnelles de l'article 17.

Lors de la création de cet organe, les conseils de communauté régleront la gestion administrative et financière ainsi que la tutelle y afférente. „

⁵ *Fußnote 4 aus dem zitierten Gutachten:* Siehe in demselben Sinne - hinsichtlich der Schaffung der flämischen autonomen Hochschulen, die insbesondere Hochschulen des Gemeinschaftsunterrichtswesens betreffen könnten, die vor der Übertragung dem Autonomen Rat des Gemeinschaftsunterrichts ("ARGO") in seiner Eigenschaft als Schulträger des von der Flämischen Gemeinschaft organisierten Unterrichtswesens unterlagen - die Gutachten 23.353/1 vom 24. Mai 1994 (*Dok. VI. Raad, 1993-1994, Nr. 541/1*) und 23.360/1 vom 26. Mai 1994 (*Dok. VI. Raad, 1993-1994, Nr. 519/2*), über zwei Vorschläge eines Sonderdekrets der Flämischen Gemeinschaft, die das Sonderdekret vom 13. Juli 1994 zur Änderung des Sonderdekrets vom 19. Dezember 1988 über den Autonomen Rat des Gemeinschaftsunterrichts geworden sind. Siehe auch - hinsichtlich der Schaffung von Universitätsakademien, deren Persönlichkeit von derjenigen der Einrichtungen zu unterscheiden ist, die davon Mitglieder sind, und die Universitäten der Französischen Gemeinschaft betreffen können - das am 14. Januar 2004 abgegebene Gutachten 36.275/2 über einen Vorentwurf eines Dekrets "définissant l'enseignement supérieur, favorisant son intégration à l'espace européen de l'enseignement supérieur et finançant l'université". Siehe, immer noch in demselben Sinne, das am 12. November 2002 abgegebene Gutachten 33.808/1/VR über einen Dekretvorentwurf, der das Dekret vom 4. April 2003 über die Neustrukturierung des Hochschulwesens in Flandern geworden ist, (*Dok. VI. Raad, 2002-2003, Nr. 1571/1*) und das am 4. März 2003 abgegebene Gutachten 34.996/1 über einen Dekretvorentwurf der Flämischen Gemeinschaft, der das Sonderdekret vom 4. April 2003 über die Teilnahme von Gemeinschaftseinrichtungen in Vereinigungen des Hochschulwesens (*Dok. VI. Raad, 2002-2003, Nr. 1594/1*) geworden ist.

⁶ *Fußnote 5 aus dem zitierten Gutachten:* Siehe unter anderem das besagte Gutachten 23.353/1 und das Gutachten 27.936/1, das am 25. Juni 1998 über einen Vorentwurf eines Sonderdekrets der Flämischen Gemeinschaft abgegeben wurde, der das Sonderdekret vom 14. Juli 1998 über das Gemeinschaftsunterrichtswesen (*Dok. VI. Raad, 1997-1998, Nr. 1095/1* - mit den Hinweisen auf andere Gutachten) geworden ist, sowie das besagte Gutachten 34.996/1.

In einem Teil der Rechtslehre (J. De Groof, Hoe bijzonder is het bijzonder decreet in uitvoering van artikel 24, § 2 G.W., T.O.R.B., 1995-1996/1, S. 7 und 8) wird davon ausgegangen, dass Artikel 24 § 2 der Verfassung restriktiver angewandt werden muss und dass der Staatsrat Artikel 24 § 2 der Verfassung zu Unrecht in Verbindung mit Artikel 9 des besagten Sondergesetzes liest. Wie oben verdeutlicht wurde, hat der Verfassungsgeber die Verbindung zwischen beiden Artikeln selber vorgesehen. Außerdem ermöglicht diese Verbindung einerseits, dass genaue Kriterien festgelegt werden, um die mit einer Zweidrittelmehrheit zu verabschiedenden Normen von den mit einfacher Mehrheit zu verabschiedenden Normen zu unterscheiden, und andererseits, dass die Übertragung der Zuständigkeiten an die autonomen Organe mit den erforderlichen Garantien versehen wird, damit die Autonomie dieser Organe gesichert wird.

Aus der Verbindung dieser Bestimmung mit Artikel 24 § 2 der Verfassung ergibt sich, dass folgende Bestimmungen in ein Sonderdekret - das nur mit einer Zweidrittelmehrheit geändert werden kann - aufgenommen werden müssen: [...]

Die anderen Bestimmungen, die unter anderem die Organisation und die Finanzierung der Studien regeln, müssen dagegen in einem Dekret stehen, das mit einfacher Mehrheit geändert werden kann, weil die Deutschsprachige Gemeinschaft da nicht als Schulträger handelt, sondern einfach ihre normative Zuständigkeit hinsichtlich des Unterrichtswesens außerhalb des Anwendungsbereichs von Artikel 24, § 2, der Verfassung ausübt. Es handelt sich insbesondere um: [...]

Es kann nicht zugelassen werden, dass alle Bestimmungen des Dekretvorschlags in ein und demselben Dekret stehen⁷. Diese Bestimmungen sind infolgedessen in zwei oder mehreren getrennten Dekreten zu verabschieden“.

Infolgedessen sind diese Bestimmungen in den Vorentwurf eines Sonderdekrets ‚zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen‘ einzufügen, über den das Gutachten 53.734/2 heute abgegeben wird.

2.1. In den Artikeln 4.1 bis 4.11 des Dekretvorentwurfs werden Regeln über die „integrierte Begleitakte des Kindes oder Jugendlichen, [den] Schutz personenbezogener Daten und [das] Berufsgeheimnis“ festgelegt.

In Artikel 4.1 Absatz 3 des Dekretvorentwurfs wird die Regierung dazu ermächtigt, die anderen Modalitäten zur Zusammensetzung, zur Pflege, zur Weitergabe sowie zum Abschließen und Vernichten der Akte festzulegen.

In Artikel 4.4 § 3 des Dekretvorentwurfs steht außerdem:

„Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 zum Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten“.

Der Staatsrat bemerkt, dass das Gutachten des Ausschusses für den Schutz des Privatlebens nicht eingeholt wurde⁸.

⁷ Fußnote 6 aus dem zitierten Gutachten: Siehe auch das Gutachten 26.476/1 über einen Vorentwurf eines Dekrets, der das Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 15. Juli 1997 über das Unterrichtswesen VIII und das Sonderdekret der Flämischen Gemeinschaft vom 15. Juli 1997 zur Änderung des Sonderdekrets vom 26. Juni 1991 über die "Universiteit Gent" und das "Universitair Centrum Antwerpen" (Dok. VI. Raad, 1996-1997, Nrn. 697/1 und 698/1) geworden ist.

⁸ Zur Erinnerung bestimmt das genannte Gesetz vom 8. Dezember 1992 Folgendes:

„Der König kann nach Stellungnahme des Ausschusses für den Schutz des Privatlebens durch einen im Ministerrat beratenen Erlass die Anwendung der Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes im Hinblick auf die Berücksichtigung der Spezifität der verschiedenen Sektoren präzisieren.“ (Artikel 44 Absatz 1 des Gesetzes);

„Der Ausschuss gibt entweder auf eigene Initiative oder auf Antrag [...] der Gemeinschafts- oder Regionalregierungen, der Gemeinschafts- oder Regionalparlamente [...] Stellungnahmen ab zu allen Angelegenheiten in Bezug auf die Anwendung der Grundprinzipien für den Schutz des Privatlebens im Rahmen des vorliegenden Gesetzes und der Gesetze, die Bestimmungen über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten enthalten“ (Artikel 29 § 1 des Gesetzes).

2.2. In dem Kommentar zu Artikel 4.1 steht Folgendes:

„Das Prinzip der integrierten Akte wurde mutatis mutandis nach dem Vorbild des „multidisciplinair dossier“ der flämischen „centra voor leerlingenbegeleiding“ ausgearbeitet (siehe mitunter den Erlass der Flämischen Regierung vom 12. September 2008)“.

Über diesen Erlass hat die Gesetzgebungsabteilung des Staatsrats Folgendes bemerkt⁹:

„3. De gemeenschappen zijn in beginsel bevoegd om de in het ontwerp geregelde aangelegenheden te regelen, op grond van artikel 127, § 1, eerste lid, 2°, van de Grondwet.

Het ontwerp bevat evenwel ook bepalingen die betrekking hebben op de verwerking van persoonsgegevens. Het beoogt een kader te scheppen waarin het onder meer door artikel 22 van de Grondwet gewaarborgde recht op eerbiediging van het privé-leven wordt gewaarborgd, en waarin onder bepaalde voorwaarden ook inmengingen in dit recht worden toegestaan. De afdeling wetgeving dient na te gaan of deze regeling in overeenstemming is met de bevoegdheidsverdeling met betrekking tot de regeling van dit grondrecht.

Uit de rechtspraak van het Grondwettelijk Hof¹⁰ blijkt dat die bevoegdheidsverdeling er op neerkomt dat de federale wetgever bevoegd is voor de algemene regels inzake de beperking van het recht op privé-leven en dat de decreetgever, in een aangelegenheid die tot zijn bevoegdheid behoort, het recht op eerbiediging van het privé-leven nader kan regelen, rekening houdend met de door de federale wetgever vastgestelde regels. In zijn advies 37.288/3¹¹ heeft de afdeling wetgeving van de Raad van State deze zienswijze bevestigd en toegepast voor wat betreft een decretale regeling inzake het gezondheidswettelijk systeem.

Naar analogie met wat wordt aangenomen met betrekking tot de algemene regels die door de federale overheid worden vastgesteld in aangelegenheden die tot haar residuaire bevoegdheid behoren¹², moet geconcludeerd worden dat de gemeenschappen

Diese Artikel sind im Lichte von Artikel 28 Absatz 2 der Richtlinie 95/46/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 ‚zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr‘ auszulegen, der wie folgt lautet:

„Die Mitgliedstaaten sehen vor, dass die Kontrollstellen bei der Ausarbeitung von Rechtsverordnungen oder Verwaltungsvorschriften bezüglich des Schutzes der Rechte und Freiheiten von Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten angehört werden“.

⁹ Gutachten 44.799/1/V vom 15. Juli 2008 über einen Entwurf, der zum Erlass der Flämischen Regierung vom 12. September 2008 ‘betreffende het multidisciplinaire dossier in de centra voor leerlingenbegeleiding’.

¹⁰ Grondwettelijk Hof, 30 april 2003, nr. 50/2003, B.8.10, en nr. 51/2003, B.4.12.

¹¹ Advies 37.288/3 van 15 juli 2004 over een voorontwerp dat heeft geleid tot het decreet van 16 juni 2006 betreffende het gezondheidswettelijk systeem (*Parl. St., Vl. Parl.*, 2005-06, nr. 531/1, 153 e.v.).

¹² Zie bv., i.v.m. de bevoegdheid van de federale overheid om algemene brandveiligheidsnormen vast te stellen, bedoeld om toegepast te worden in alle gebouwen, ook die waarin activiteiten plaatsvinden die vallen onder de

slechts bevoegd zijn om specifieke beperkingen van het recht op de eerbiediging van het privé-leven toe te staan en te regelen voor zover ze daarbij de federale basisnormen aanpassen of aanvullen, maar dat ze niet bevoegd zijn om die federale basisnormen aan te tasten. De gemeenschappen en de gewesten zijn m.a.w. wel bevoegd om in strengere voorwaarden dan de federale te voorzien, maar niet om het federale beschermingsniveau te verlagen¹³.

4. Dat betekent te dezen dat de Vlaamse Gemeenschap op grond van haar materiële bevoegdheid inzake onderwijs bevoegd is om specifieke bepalingen inzake het multidisciplinair dossier aan te nemen, maar dat zij in het bijzonder gebonden is door de bepalingen van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens. De bepalingen van die wet zijn overigens rechtstreeks van toepassing op de in het ontwerp geregelde verwerkingen van persoonsgegevens, wat niet belet dat de decreetgever ze zou kunnen vervangen door concreter geformuleerde regels of door strengere regels¹⁴.

Hoe dan ook moet vermeden worden om bepalingen van de wet van 8 december 1992 eenvoudig over te nemen of te parafraseren, wanneer daartoe geen noodzaak bestaat. Indien de stellers van het ontwerp menen dat het, voor een goed begrip van de ontworpen regeling, nuttig is om sommige bepalingen van de wet toch over te nemen, kan dit duidelijkheidshalve best uitdrukkelijk aangegeven worden. Men schrijve dan: "Overeenkomstig artikel ... van de wet van 8 december 1992, ...".

Of het ontwerp inderdaad binnen de bevoegdheid van de gemeenschappen blijft, wat de regels ter eerbiediging van het privé-leven betreft, zal bekeken worden in samenhang met de toetsing van de bepalingen van het ontwerp aan hogere normen. Voorlopig kan geconcludeerd worden dat er *a priori* geen bevoegdheidsbezwaar is tegen een regeling van bepaalde aspecten van het privé-leven, in een aangelegenheid die op zich tot de bevoegdheid van de Vlaamse Gemeenschap behoort".

Über den vorliegenden Vorentwurf sind dieselben Bemerkungen zu formulieren.

3. Artikel 1 Absatz 3 des genannten Vorentwurfs eines Sonderdekrets zufolge ist das Zentrum eine Unterrichtseinrichtung gemäß Artikel 24 der Verfassung.

In der Begründung steht Folgendes:

„Der Dekretentwurf enthält für die Personalmitglieder ein eigenes Dienstrecht, das sich natürlich stark an die im Unterrichtswesen bestehenden Statute anlehnt“.

bevoegdheid van de gemeenschappen of de gewesten, arresten Grondwettelijk Hof, 26 juni 1986, nr. 25, 2.B.3; 15 oktober 1987, nr. 40, 2.B.2; 10 maart 1988, nr. 49, 2.B.2.

¹³ Tenzij met een beroep op artikel 10 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen (impliciete bevoegdheden).

¹⁴ Zie het hiervoor genoemde advies 37.288/3 van 15 juli 2004, *l.c.*, p. 164.

Kraft Artikel 87 § 4 des genannten Sondergesetzes vom 8. August 1980, der durch Artikel 54 Absatz 1 des besagten Gesetzes vom 31. Dezember 1983 auf die Deutschsprachige Gemeinschaft für anwendbar erklärt wird, ist der König zuständig, die allgemeinen Grundsätze des Verwaltungs- und Besoldungsstatuts festzulegen, die für das Personal der Dienststellen der Regierung und für die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts, mit Ausnahme des in Artikel 24 der Verfassung erwähnten Personals, gelten.

In den Artikeln 3.1. und folgenden des vorliegenden Dekretvorentwurfs werden dem Zentrum jedoch andere Aufgaben erteilt, als diejenigen, auf die sich Artikel 2 des genannten Vorentwurfs eines Sonderdekrets bezieht. Das Zentrum wird somit nicht ausschließlich Zuständigkeiten der Gemeinschaft hinsichtlich des Unterrichtswesens ausüben.

In diesem Maße kann ein an das Statut des Unterrichtspersonals weitgehend angelehntes Statut erst gewährt werden, wenn Artikel 87 § 4 des genannten Sondergesetzes vom 8. August 1980 auf die Deutschsprachige Gemeinschaft nicht mehr anwendbar ist, das heißt ab dem 1. Juli 2014¹⁵.

BESONDERE BEMERKUNGEN

TITEL

Da das Zentrum nicht im untersuchten Vorentwurf sondern im Sonderdekret ‚zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen‘, über das das Gutachten 53.734/2 heute abgegeben wird, gegründet wird, ist der Titel des Vorentwurfs anzupassen.

VERFÜGENDER TEIL

Artikel 1.1

Absatz 1 sollte um die folgenden Wörter „ , das durch das Sonderdekret ‚zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen‘ errichtet wird“ ergänzt werden.

¹⁵ Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 22. Dezember 2000 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze des Verwaltungs- und Besoldungsstatuts der Staatsbediensteten, die auf das Personal der Dienste der Gemeinschafts- und Regionalregierungen, der Kollegien der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Französischen Gemeinschaftskommission und der von ihnen abhängenden juristischen Personen öffentlichen Rechts anwendbar sind, sind somit die Artikel 6.1. bis 6.91 des Dekretvorentwurfs vorher von der für Pensionen zuständigen Föderalbehörde zu billigen (Artikel 19 § 1 des genannten Königlichen Erlasses vom 22. Dezember 2000) .

Artikel 1.4

1. Der unter den Nrn. 1, 2, 3 und 12 erwähnte Text erscheint hauptsächlich als ein Kommentar zu den definierten Begriffen; diese Definitionen sollten neu formuliert werden, damit sie sich auf die rein normativen Elemente beschränken.

2. Die Nrn. 6 und 8 sind überflüssig und also auszulassen.

3. Was Nr. 14 betrifft, ist es kaum sinnvoll, eine getrennte Organisation vorzusehen, die einem „Träger“ anvertraut wäre, der „für die Einrichtung, Organisation und Verwaltung“ dieses Zentrums „rechtlich die Verantwortung“ tragen würde, da die einzige betreffende juristische Person von nun an das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sein wird.

Die Frage der durch das Sonderdekret festgelegten Bestimmung der Organe des Zentrums ist dagegen eine ganz andere.

Nummer 14 ist auszulassen und die Hinweise auf den „Träger“ sind weiter im Vorentwurf neu zu formulieren.

Artikel 2.4

In Absatz 2 wird keine normative Regel festgelegt. Dieser Absatz stünde also besser im Kommentar zu dem Artikel.

Artikel 2.7

In Paragraph 1 ist es dem Staatsrat nicht ersichtlich, warum die in Artikel 2.1 Absatz 1 Nr. 5 als Gründerpartner des Zentrums erwähnte VoG „Gesundheitszentrum St. Vith“ nicht im Verwaltungsrat des Zentrums vertreten ist.

Artikel 2.9

Es kommt dem Verfasser des Vorentwurfs zu, zu untersuchen, ob nicht vorzusehen ist, dass die Regierung die Geschäftsordnung billigen muss.

Artikel 3.21

In Absatz 2 ist im Lichte von Artikel 69 des durch Artikel 51 des o.a. Gesetzes vom 31. Dezember 1983 auf die Deutschsprachige Gemeinschaft für anwendbar erklärten Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen zu bestimmen, dass der Einspruch bei der Regierung eingereicht werden muss, wobei die Regierung jedoch einem ihrer Minister diese Aufgabe übertragen kann.

Diese Bemerkung gilt auch für den Rest des Vorentwurfs.

Artikel 4.1

In Artikel 4.1 Absatz 2 des Dekretvorentwurfs wird vorgesehen, dass die Begleitakte zum Zeitpunkt des 25. Geburtstags des Kindes oder des Jugendlichen vernichtet wird.

Im o.a. Gutachten 44.799/1/V hat die Gesetzgebungsabteilung die folgende Bemerkung über eine ähnliche Bestimmung formuliert :

„Overeenkomstig deze bepaling worden dossiers ten minste tien jaar bewaard na het laatst uitgevoerde consult of na de laatst uitgevoerde vaccinatie en in elk geval tot de betrokken persoon de leeftijd van 25 jaar heeft bereikt [...].

Volgens artikel 4, § 1, 5°, van de wet van 8 december 1992 mogen persoonsgegevens "in een vorm die het mogelijk maakt de betrokkenen te identificeren" niet langer worden bewaard dan nodig voor de verwezenlijking van de doeleinden waarvoor zij worden verkregen of verder worden verwerkt. De Vlaamse Regering kan, rekening houdend met het doel waarvoor de gegevens werden verzameld, een minimumtermijn bepalen gedurende welke die gegevens moeten worden bewaard, maar die minimumtermijn moet beantwoorden aan de noodzaak voor de verwezenlijking van de doeleinden voor de verwerking van de betrokken persoonsgegevens. De afdeling wetgeving van de Raad van State beschikt niet over de vereiste gegevens om zich te kunnen uitspreken over de noodzaak om deze gegevens te bewaren gedurende de in de ontworpen bepaling vastgestelde periode.“

Dieselbe Bemerkung gilt für Artikel 4.1 Absatz 2 und Artikel 4.4 des Dekretvorentwurfs.

Artikel 4.5

In Absatz 2 ist es überflüssig, daran zu erinnern, dass das Gesetz vom 22. August 2002 ‚über die Rechte des Patienten und der ärztlichen Schweigepflicht‘ anwendbar ist; sie findet von Rechts wegen Anwendung.

Artikel 4.10

Aus dem verfügenden Teil sollte sich der kumulative Charakter der in Paragraph 2 Absatz 1 Nr. 1 erwähnten vier Bedingungen deutlicher ergeben.

Artikel 6.11

In mehreren Bestimmungen des Vorentwurfs wird der Begriff „Werktag“, der keine allgemein anerkannte juristische Bedeutung hat, benutzt. Will der Verfasser des Vorentwurfs diesen Begriff weiter benutzen, so wäre es besser, ihn in dem Text zu definieren.

Artikel 6.15, 6.32 und 6.84

Artikel 6.15 Absatz 1 Nr. 5, Artikel 6.32 Absatz 1 Nr. 5 und Artikel 8.4 § 1 Nr. 2 Buchstabe b) des Dekretvorentwurfs bestimmen, dass das zu bezeichnende oder zu ernennende Mitglied Inhaber des erforderlichen Befähigungsnachweises oder eines für ausreichend erachteten Befähigungsnachweises sein muss, der dem zu vergebenden Amt entspricht.

Die Liste der erforderlichen Befähigungsnachweise, die den zu vergebenden Ämtern entsprechen, wird in Artikel 6.3 des Dekretvorentwurfs festgelegt. Im Dekretvorentwurf werden dagegen für ausreichend erachtete Befähigungsnachweise nicht festgelegt.

In den Artikeln 15 Absatz 1 Nr. 5, 6.32 Absatz 1 Nr.5 und 8.4 § 1 Nr. 2 Buchstabe b) des Dekretvorentwurfs ist also auf die in Artikel 6.3 des Dekretvorentwurfs erwähnte Liste der erforderlichen Befähigungsnachweise hinzuweisen.

Artikel 6.19 und 6.37

In Anbetracht der zugewiesenen Aufgaben in Artikel 2 des Vorentwurfs des Sonderdekrets ‚zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen‘ einerseits und in Artikel 3.1 und folgende des Dekretvorentwurfs andererseits stellt sich die Frage, warum in den Artikeln 6.19 Absatz 1 und 6.37 Absatz 1 des Dekretvorentwurfs ausschließlich auf die „Titel und Verdienste der Bewerber anhand von objektiven, relevanten und angemessenen Kriterien, die im Zusammenhang mit dem Unterrichtswesen stehen“ und nicht auf die anderen Tätigkeitssektoren hingewiesen wird.

Es wäre besser, die Wörter „die im Zusammenhang mit dem Unterrichtswesen stehen oder“ aus den Artikeln 6.19 Absatz 1 und 6.37 Absatz 1 des Dekretvorentwurfs auszulassen.

Artikel 6.23

In Paragraph 4 Absatz 2 ersetze man das Wort „Zweigstellenleiters“ durch das Wort „Direktors“.

Artikel 6.82

In Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe b) sollte verdeutlicht werden, dass die entsprechenden Titel in Artikel 6.3 § 2 des Vorentwurfs erwähnt werden.

Artikel 6.87

In Paragraph 2 ersetze man den Satzteil „6.89, 6.91 und 6.92“ durch den Satzteil „6.89 bis 6.91“.

Artikel 7.5

In Paragraph 1 Absatz 2 kann der Gesetzgeber selbstverständlich das entworfene Dekret zu jeder Zeit anpassen.

Absatz 2 ist auszulassen.

Artikel 8.6 bis 8.9

Die Artikel 8.6 bis 8.9 des Dekretvorentwurfs regeln die Rückforderung der zu Unrecht ausgezahlten Funktionsmittel und Gehälter, sowie die Verjährung und die Strafmaßnahmen.

In den Artikeln 11 bis 16 des Gesetzes vom 16. Mai 2003 ‚zur Festlegung der für die Haushalte, die Kontrolle der Zuschüsse und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen‘ werden allerdings die Regeln festgelegt, die im Bereich der Kontrolle der Erteilung und der Benutzung der von den Gemeinschaften und den Regionen erteilten Zuschüsse und im Bereich der Verjährung anwendbar sind.

Diese Bestimmungen wurden gemäß Artikel 50 § 2 des durch Artikel 60bis des o.a. Gesetzes vom 31. Dezember 1983 auf die Deutschsprachige Gemeinschaft für anwendbar erklärten Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 ‚bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen‘ angenommen.

Aus den Vorarbeiten zu diesem Sondergesetz geht hervor, dass die Gemeinschaften und die Regionen nur zuständig sind, um spezifische Regeln in diesen Angelegenheiten zu bestimmen („définir des règles spécifiques dans ces matières“¹⁶). Wie der Minister der Finanzen im Ausschuss erklärt hat, ist diese Zuständigkeit wie folgt zu verstehen:

„Les Communautés et les Régions ne pourront, à la limite, que renforcer ces règles mais pas s’écarter des dispositions actuelles ou futures prises par le législateur en matière de contrôle et d’octroi de subventions“¹⁷.

Die Artikel 8.6 bis 8.9 des Dekretvorentwurfs sind also in Anbetracht dieser Regeln¹⁸ umzuarbeiten.

Artikel 10.1

Was die Versetzung von unter Arbeitsvertrag angestellten Arbeitnehmern ins Zentrum betrifft, müssen die Regeln des Gesetzes vom 3. Juli 1978 „über die Arbeitsverträge“ hinsichtlich der Entlassung selbstverständlich beachtet werden.

Artikel 10.1 und 10.2

Artikel 48 des o.a. Gesetzes vom 31. Dezember 1983 sieht Folgendes vor:

„Die Dekrete sind ab dem zehnten Tag nach dem Tag ihrer Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt verbindlich, es sei denn, in den Dekreten ist eine andere Frist festgelegt worden“.

Artikel 10.1 §§ 2 und 3, und Artikel 10.2 des Dekretvorentwurfs enthalten Übergangsbestimmungen, in denen ausdrücklich auf das Datum des Inkrafttretens des Dekrets hingewiesen wird.

¹⁶ Begründung (*Parl. Dok.*, Kammer, 1988-1989, Nr. 635/1, S.37)

¹⁷ Bericht (*Parl. Dok.*, Kammer, 1988-1989, Nr. 635/18, S. 543)

¹⁸ Siehe insbesondere das Gutachten 45.501/2 vom 15. Dezember 2008 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 23. März 2009 ‚zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts‘ geworden ist (*Parl. Dok.*, Parl. D.G., 2008-2009, Nr. 144/1, S.64)

Unter Vorbehalt der allgemeinen Bemerkung 3 sollte deshalb ein Datum für das Inkrafttreten, und zwar der 1. Mai 2014 (siehe Artikel 5 des Vorentwurfs des Sonderdekrets „zur Gründung eines Zentrums für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen“) im Dekretvorentwurf festgelegt werden.

DER KANZLER

DER PRÄSIDENT

Anne-Catherine VAN GEERSDAELE

Yves KREINS

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Roger WIMMER, Erster Auditor, übersetzt.

DER HAUPTKANZLER,

Danièle LANGBEEN